

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	43
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	471/2021
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	24.09.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Dr. Görres (AfU)		
Protokollführung:	Herr Haupt / pö		
Betreff:	Energie- und Klimaschutzbericht 2019		

Vorgang: Ausschuss für Klima und Umwelt vom 18.06.2021, öffentlich, Nr. 19
 Ergebnis: Vertagung
 Ausschuss für Klima und Umwelt vom 16.07.2021, öffentlich, Nr. 29
 Ergebnis: Zurückstellung

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 21.05.2021, GRDRs 471/2021. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt. Ein Exemplar des Energie- und Klimaschutzberichts 2019 ist dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigten Präsentationen sind dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen werden sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei sind sie in Papierform angehängt.

Herr Dr. Görres berichtet im Sinne der angehängten Präsentation (1_Energie- und Klimaschutzbericht2019.pdf).

Die Aussprache dieses gemeinsam mit TOP 1 (NNr. 42) behandelten Tagesordnungspunktes wird im Folgenden wiedergegeben.

StR Winter (90/GRÜNE) betont, die Berichte zeigten deutlich auf, an welchen Stellen sich Hebel zum einen in Bezug auf die eigenen städtischen Aktivitäten und zum anderen für die Gesamtstadt befänden. Insgesamt müsse eine raschere Bekämpfung des Klimawandels erreicht werden. Eine große Anzahl an Maßnahmen, die bereits vor dem Klimaaktionsprogramm aufgestellt worden seien, entfalteten nun ihre Wirkung. Richtigerweise sei im Hinblick auf den anstehenden Doppelhaushalt ausgeführt worden, welche finanziellen Auswirkungen eine engagiertere Herangehensweise bei den städtischen Liegenschaften mit sich bringe. Die Investitionen stellten nicht lediglich eine kurzfristige Maßnahme gegen den Klimawandel dar, sondern seien ebenso eine langfristig vernünftige Entscheidung. Daher müssten in den Haushaltsberatungen weitere finanzielle Mittel und Förderprogramme diskutiert werden.

Einigkeit bestehe darin, die Bürgerschaft und den gewerblichen Bereich in die Maßnahmen einzubinden. Gerade im gewerblichen Bereich bestehe eine selbstverständlichere Herangehensweise bei der Gegenrechnung der Investitionssummen mit dem Ertrag als im Privathaushalt, in dem sich das unternehmerische Denken nicht auf 20 Jahre beziehe. Es zeige sich nun, dass das vom Gemeinderat vor zwei Jahren beschlossene Klimaaktionsprogramm eine sehr weitsichtige Entscheidung gewesen sei. Es stelle ein Sofortprogramm dar, das zusätzlich zu den bereits vorher getroffenen Klimaschutzmaßnahmen aufgestellt worden sei. Neben dem wichtigen Sektor Verkehr spielten ebenso die Bereiche Ernährung und Konsumverhalten eine wichtige Rolle. Diese seien zunächst nicht mit einem hohen Invest verbunden, sondern es gehe hierbei um die Aufklärung und Einbeziehung der Bürgerschaft. Hierzu gehörten ebenso die am heutigen Tag gegen den Klimawandel durchgeführten zahlreichen Kundgebungen. Die derzeitige Stimmung in der Bevölkerung sei derart positiv für die Klimaschutzziele, wie sie noch zu keiner Zeit gewesen sei. Die weitere Entwicklung sei abhängig vom Ausgang der Bundestagswahl und der Erreichung der Klimaschutzziele der nächsten Bundesregierung. Seine Fraktion werde dem unter TOP 1 vorliegenden Beschlussantrag zum Klima-Bericht 2020 zustimmen, und in einigen Monaten könnten daraufhin die unterschiedlichen Maßnahmen bewertet werden.

Auf der einen Seite sei seine Fraktion nicht glücklich über die lediglich in geringer Menge abgeflossenen finanziellen Mittel. Auf der anderen Seite stünden aktuell Gelder zur Verfügung, um umgehend weitere Klimaschutzmaßnahmen anzugehen. Es sei erfreulich, wenn die Verwaltung über erfolgreiche, von der Bevölkerung gut angenommene Förderprogramme wie beispielsweise das Kühlschranksaustauschprogramm berichte. Angesichts des Anteils von lediglich 4 % der städtischen Liegenschaften an der Gesamtanzahl der Gebäude in der LHS müssten die privaten und gewerblichen Eigentümerinnen und Eigentümer bei den Förderprogrammen mitgenommen werden. Ebenso müssten im Hinblick auf die Haushaltsberatungen die Themen "emissionsfreies Fahren" sowie ÖPNV-Offensiven diskutiert werden.

Bezüglich des Klimaschutzberichts 2019 sowie des Klima-Berichts 2020 äußert StR Kotz (CDU) Kritik in der Art, dass deren gemeinsames Vorliegen für die Bürgerschaft nicht nachvollziehbar sei. Er schlägt vor, die Berichte bis zum Jahr 2021 oder 2022 zusammenzufassen, um nicht den Eindruck zu erwecken, zwei Abteilungen oder Ämter würden die Themen gleichzeitig getrennt bearbeiten. Aus dem Klimaschutzbericht 2019 gehe hervor, dass sich die LHS auf einem guten Weg befinde. Obwohl der Klimawandel allerdings ein globales Problem darstelle, endete die Bewertung des Klimaschutzberichts an der städtischen Gemarkungsgrenze. Dies führe zu einer Verzerrung der Ergebnisse für die LHS. Die Industrie unternehme große Anstrengungen beim Thema

Klimaneutralität. Allerdings erschwere ein Industriewachstum eine gleichzeitige Senkung der Energieverbrauchswerte. Ähnlich verhalte sich dieser Sachverhalt beim Handel und im Dienstleistungsbereich. Selbst ohne Industriewachstum könne der Fall eintreten, dass aus Effizienzgründen eine Standortbündelung zugunsten der LHS erfolge und sich somit eine Ausweitung des Energieverbrauchs in der Stadt ergebe. Während dies klimatologisch in der Gesamtbetrachtung durchaus positiv zu bewerten sei, sei dies jedoch nachteilig für die Energiewerte in der LHS. Ebenso seien die mit einer Standortverlagerung verbundenen Auswirkungen der eingestellten Mitarbeiterschaft zu berücksichtigen (Fahrstrecken, Umzug usw.) Ähnlich stelle sich das Thema hinsichtlich der Energiewerte des Klinikums Stuttgart dar: Falls beispielsweise ein Klinikumsbett im Rems-Murr-Kreis wegfalle und stattdessen dieses Bett nach Stuttgart verlagert werde, sei dies aus medizinischer Sicht positiv, aus Sicht der Energiebilanz jedoch negativ. Er zweifle daran, ob die rein städtische Betrachtung in der Energiebilanz den richtigen Ansatz darstelle oder ob nicht andere relative Bewertungen geeigneter seien. Insgesamt sollten die Additionstabellen nicht ausschließlich in der Betrachtung herangezogen werden, da dieses einem globalen Thema nicht gerecht werde.

Bezüglich des Klimaberichts 2020 habe StR Winter mehrfach die "sofortige Umsetzung" der Maßnahmen hervorgehoben. Die im Bericht enthaltenen Zahlen zum Abfluss der finanziellen Mittel deuteten jedoch nur wenig auf eine sofortige Umsetzung der Maßnahmen hin. Ziel des Klimaschutzpakets sei es, mit einem Volumen von 200 Mio. Euro eine jährliche Reduzierung von 100.000 Tonnen CO₂ zu erreichen. StR Kotz ist der Auffassung, mit diesem Finanzvolumen bestünden aus globaler Sicht entschieden effektivere Möglichkeiten, eine wesentlich größere Menge jährlich an CO₂ einzusparen. Kraftwerke in anderen Staaten besäßen nicht einmal annähernd den Standard von Kraftwerken, die hierzulande stillgelegt würden. Daher könnten diese Kraftwerke weiterentwickelt werden, und es wären keinerlei Einschränkungen für die dortige Bevölkerung nötig.

In dem 200 Mio. Euro umfassenden Klimaaktionsprogramm wirkten neben der globalen Betrachtung einige Maßnahmen direkt in der LHS. Es sei erfreulich, dass das GFF hierbei sehr aktiv gewirkt habe und die besten Umsetzungsquoten erzielt habe (z. B. Schattenbäume, Gewässer, Begrünungen). Bei zahlreichen anderen Maßnahmen ohne Auswirkungen auf das städtische Mikroklima stelle sich die Frage, ob die Aktivitäten breiter aufgestellt und nicht lediglich auf die LHS bezogen werden müssten. Dies habe deutlich positivere Auswirkungen auf das Klima. Es sei begrüßenswert, dass 200 Mio. Euro in der Breite der Referate und Ämter eingesetzt würden. Allerdings würden hieraus auch die von Herrn Kohlmeyer aufgezeigten Probleme resultieren, die OB Dr. Nopper bei der Vorstellung des Haushaltsplanentwurfs als Umsetzungsprobleme bezeichnet habe. Auch mit größter Phantasie und größtem Optimismus könne er sich nicht vorstellen, in den verbleibenden Jahren des vierjährigen Klimapakets summarisch alle Maßnahmen umzusetzen.

Erfreulich sei die damalige Nachjustierung des Klimaprogramms im Bereich der energetischen Sanierung von Gebäuden auf Drängen der SPD-Fraktion gewesen. In den Bereich der Gebäudesanierungen seien mittlerweile die größten Summen abgeflossen, was die Sinnhaftigkeit dieses Themas aufzeige. Die Gelder für die energetischen Sanierungen seien damals u. a. aus dem Bereich Bio-Essen umgeschichtet worden, in den bislang keine Mittel geflossen seien. Aus der GRDRs 786/2021 habe er herausgelesen, dass die Verwaltung mit externer Dienstleistung Unterstützung beantragt habe, was er angesichts der Geschwindigkeit der Stellenbesetzung in der Stadtverwaltung gut nach-

vollziehen könne. Es stelle sich die Frage, ob dieses Anliegen bereits die Weiterentwicklung des Aktionsprogramms darstelle. Falls mit der Weiterentwicklung gemeint sei, im Aktionsprogramm Gelder vom Bereich der Gebäudesanierung erneut in den Bereich des Bio-Essens umzuschichten, sei dies nicht Wunsch seiner Fraktion. Angesichts der lediglich abgeflossenen rund 9 Mio. Euro aus dem 200 Mio. Euro umfassenden Klimaschutzprogramm und der Tatsache, dass für diese nicht abgerufenen liquiden Mittel Strafzinsen gezahlt würden, müsse in den anstehenden Haushaltsberatungen diskutiert werden, ob von diesen bereitstehenden, aber noch nicht benötigten Geldern ein Teil in anderen Bereichen eingesetzt und später wieder zurückgezahlt werden könnten.

StRin Schanbacher (SPD) betont, angesichts der beiden vorliegenden Berichte werde deutlich, in Sachen Klimaschutz rasch handeln zu müssen. Sie betont im Gegensatz zur Auffassung von StR Kotz, dass die Verwaltung und die Politik hierfür durchaus ihre Verantwortung für die Stadt mittragen müssten. Angesichts des dargestellten CO₂-Budgets liege noch ein weiter Weg in der Zukunft: Aus dem Klimaschutzprogramm resultiere eine jährliche Reduzierung von 100.000 Tonnen CO₂. Dagegen sei noch völlig unklar, auf welche Weise die Verringerung von 500.000 Tonnen CO₂ erfolgen solle. Diese Frage müsse allerdings beantwortet werden, da nicht zuletzt das Bundesverfassungsgericht festgestellt habe, die Politik habe für eine Klimagerechtigkeit für die nächste Generation zu sorgen. Daher habe ihre Fraktion eine externe Analyse beantragt, welche Herr Kohlmeyer erfreulicherweise in seinen Vorschlag mit aufgenommen habe. Diese Analyse solle Maßnahmenpakete aufzeigen, wie der Weg zur Klimaneutralität geführt werden solle. Von den 500.000 Tonnen CO₂ würden 300.000 Tonnen CO₂ durch die Umstellung auf grüne Fernwärme erbracht. Aufgrund der letzten Sitzung des AKU sei allerdings unklar, wie das Ziel der Verringerung um 500.000 Tonnen CO₂ konkret erfolgen solle.

Was das CO₂-Budget in der Stadt betreffe, stelle sich die Frage, welche Bereiche hierbei miteinberechnet würden und welche nicht. Da bislang der Konsum der Stadtbevölkerung nicht in die Bilanz einfließe, sondern lediglich der Energiebereich, sei die zu schließende CO₂-Lücke wesentlich größer. Zudem würden der Flughafen und die Autobahnen ebenso nicht miteinbezogen, sondern lediglich mitaufgelistet, was diese Lücke weiter vergrößere. Der dargestellte CO₂-Abbaupfad sei lediglich ein Teil des gesamten CO₂-Abbaupfads, und die Debatte müsse ehrlicher Weise in dieser Form geführt werden.

Außerdem sei bislang ein wesentlich zu geringer Teil der finanziellen Mittel aus dem Klimaschutzprogramm abgeflossen. Ihre Fraktion halte es für besonders wichtig, möglichst effizient und sozial gerecht vorzugehen. Dieses habe bei der Aushandlung des Klimaaktionspakets eine erste Prämisse dargestellt. Das darin enthaltene energetische Förderprogramm mit einem Volumen von 75 Mio. Euro ermögliche den Mieterinnen und Mietern eine Warmmietenneutralität trotz einer umfangreichen Gebäudesanierung. Es gehe ihrer Fraktion um Klimagerechtigkeit über das Jahr 2021 hinaus. Dieses Thema betreffe nicht lediglich die städtischen Liegenschaften, sondern die gesamte Stadt. Ebenso müssten die städtischen Beteiligungsgesellschaften wie beispielsweise die SWS, die SWSG sowie die SSB miteinbezogen werden.

Lediglich 2 % der Erneuerbaren Energien (EE) würden auf der Gemarkung der LHS produziert. Im Bereich des Strommixes habe eine Verbesserung lediglich aufgrund des bundesweiten Strommixes sowie der Umstellung des Kraftwerks in Stuttgart-Gaisburg auf Gas stattgefunden. Die städtischen Liegenschaften erfüllten zwar die CO₂-Ziele, was allerdings lediglich durch den Einkauf von Ökostrom möglich sei. Bezüglich der

Heizenergie werde die Problematik deutlich, dass seit rund 15 Jahren kein nennenswerter Unterschied zu verzeichnen sei. Von den 180 Schulen in der LHS verfügten mittlerweile 80 Schulen über PV-Anlagen. Stuttgart sei zwar eine hochverdichtete Großstadt, jedoch dürfe beim Thema EE nicht stets auf EU, Bund und Land verwiesen werden. Die Stadt selber müsse hierzu ihren Beitrag leisten und die Erzeugung der EE erhöhen. Daher habe ihre Fraktion 1 Mrd. Euro für den Ausbau der EE aus Wind, Wasser und Wärme beantragt. Lediglich durch den starken Ausbau der EE könne zum Großteil die Energiewende in der Stadt gelingen. Das Kühlschrankaustauschprogramm sei zwar außerordentlich wichtig, sollte jedoch nicht das erfolgreichste Projekt zur Klimaneutralität in der Stadt darstellen.

Bezüglich des Klima-Berichts 2020 weist StR Gottfried (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) zum Aspekt der Ernährungs-/Agrarwende darauf hin, im Bericht sei lediglich der Bioanteil verzeichnet, welcher jedoch keine klare Aussage zur CO₂-Reduktion treffe. Es stelle sich die Frage, wie diese Reduktion besser gemessen werden könne. Da der Begriff "Bio" diesbezüglich über wenig Aussagekraft verfüge, sei die Erhöhung des pflanzlichen Anteils an der Ernährung entscheidender.

Im Klimaschutzbericht 2019 seien sehr gute Verbesserungen verzeichnet (z. B. Primärenergieverbrauch, Zuwachs der EE). Allerdings bestehe in der Klimakrise aus wissenschaftlicher Sicht großer Druck, so rasch wie möglich die Energiewende zu vollziehen und Klimaneutralität zu erreichen. Daher müssten die entsprechenden Schritte und Erfolge in der LHS innerhalb eines Jahres wesentlich umfassender werden. Derzeit bestehe offiziell das Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050, wobei dieses Vorhaben vorgezogen werden müsse. Seine Fraktion habe dieses bereits in mehrfachen Anträgen gefordert.

StR Ozasek (PULS) betont hinsichtlich des Klimaschutzberichts 2019, der sinkende Primär- und Endenergieverbrauch in der LHS sei sehr positiv zu bewerten. Dies stelle eine eigene Leistung der Stadt dar. Dennoch müssten weitere erhebliche Anstrengungen unternommen werden, wenn die Pariser Klimaschutzziele zugrunde gelegt würden. In diesem Zusammenhang wolle seine Fraktion die erforderlichen Stellen und Ressourcen im anstehenden Doppelhaushalt bereitstellen. Wie bereits der laufende Doppelhaushalt solle der nächste Doppelhaushalt einen Klimahaushalt darstellen. Allerdings leide der Haushalt unter einem Vollzugsdefizit.

Positiv zu bewerten seien die Fortschritte bei der Nutzung der EE bei den städtischen Liegenschaften. Das Intractingprogramm der LHS stelle hierbei weiterhin einen starken Hebel dar, und es sei sehr begrüßenswert, dass die Energiepartnerschaft mit den SWS weiter vertieft werde. Diese müssten den Motor der Energiewende darstellen, wie es in dem Konzept "Urbanisierung der Energiewende" formuliert worden sei. In diesem Zusammenhang sei die Belieferung der LHS über die SWS mit Ökostrom und Biogas zu begrüßen. Dieses werde sich positiv in der Bilanz ab dem Jahr 2022 niederschlagen.

Die Einsparung von 41 % an Treibhausgasen sei ebenso zu begrüßen. Dennoch werde der Erfolg durch den Anteil an EE am bundesweiten Strommix getragen. Die Stadt selber erbringe hierzu keine eigenen Leistungen und befinde sich im Windschatten einer bundesdeutschen Gesamtentwicklung. Projekte wie die Windparks in Brandenburg oder der Photovoltaikausbau in anderen Regionen schöne die Statistik der LHS. Es werde vielmehr ein definiertes Ziel für den Ausbau von EE im Stadtgebiet Stuttgart benötigt. Das AfU habe errechnet, dass die LHS über 70 % ihres Energiebedarfs aus EE im

Stadtgebiet decken könne. Allerdings liege der EE-Anteil derzeit bei lediglich weniger als 2 %. Der Wirkungskreis der Stadt sei mit einem Anteil der städtischen Liegenschaften von nur 4 % begrenzt. Da demnach 96 % der Gebäude nicht direkt erreicht würden, müssten hier entsprechende Gesetze greifen, und es würden Instrumente des Bundes- und Landesgesetzgebers benötigt. Dahingehend sei die vorgesehene Photovoltaikpflicht bei grundlegenden Dachsanierungen zu begrüßen. Leider sei dieses Programm viel zu spät aufgelegt worden, um Erfolge zu erzielen.

Hinsichtlich des Aktionsprogramms Klimaschutz spricht der Stadtrat Herrn Kohlmeyer und dessen Stabsteam seinen Dank und sein Lob aus. Er hoffe, das Engagement sowie die positive Energie strahle in die gesamte Stadtverwaltung ab. Es werde ein Aktionsprogramm mit skalierbaren, rasch wirkenden Maßnahmen benötigt. Die Klimakrise lasse ein Verharren in der Komfortzone nicht länger zu, und der Generationenvertrag Klimaschutz müsse in der LHS in Angriff genommen werden. Hierzu stelle das Aktionsprogramm Klimaschutz einen wesentlichen Baustein dar. Es müssten kosten-/nutzenoptimierte Maßnahmen ergriffen werden, welche rasch wirkten. Insbesondere beim klimaneutralen Bauen und Sanieren müssten aus Pilotprojekten Regelverfahren entwickelt werden. In den Baubeschluss seien die Gesamtkosten einzupreisen. Alle städtischen Ämter sowie die Stadtkämmerei müssten an einem Strang ziehen. Die Vorstellung der Schwammstadt sei nicht lediglich in einigen Quartieren zu realisieren, sondern müsse sich in der gesamten Agenda der Stadt durchziehen. So dürften nicht komplette Areale mit Tiefgaragen unterbaut werden, wodurch keine Begrünung mehr möglich werde.

Hinsichtlich des Klimaberichts 2020 bestünden erhebliche Vollzugsdefizite, und es sei zum jetzigen Zeitpunkt verfehlt, von einer kraftvollen Umsetzung der Maßnahmen zu sprechen. Der Umfang der Maßnahmen sei von Beginn an deutlich unzureichend gewesen. Zahlreiche Impulse aus dem Gemeinderat seien damals zu wenig fachlich bewertet und aus politischen Gründen verworfen worden. Handlungsbedarf hinsichtlich des Maßnahmenbündels sehe seine Fraktion vor allem im Verkehrssektor. Die Stadt verfüge über die höchste Kfz-Quote und die höchste CO₂-Ausstoßbilanzierung seit Beginn der Statistik. Im gesamten Maßnahmenbündel bestehe keine einzige Maßnahme, die in direkter Zuständigkeit der LHS liege und die darauf abziele, dauerhaft den Kfz-Verkehr zu vermindern. Im Autoland Deutschland würden jährlich 140 Mrd. Euro durch den Kfz-Verkehr externalisiert. In diesem Zusammenhang sei es unzureichend, lediglich über die Antriebstechnik zu diskutieren und über grünen Wasserstoff zu phantasieren. In dem Bericht fehle ebenso eine Klimabilanzierung für den Verkehrssektor und die stahlbetonintensiven Verkehrsbauwerke. Hierzu müsse ein kritischer Diskurs über den Klimaimpact und insbesondere zu Tunnel- und Straßenbaumaßnahmen in der Stadt geführt werden. Die Debatte werde ein Stück weit in den Klimamobilitätsplan ausgelagert, von dem der Stadtrat hoffe, in der nächsten Zeit einen Entwurf vorgelegt zu bekommen.

Im Wärmesektor befinde man sich zu sehr im Fokus auf neue Quartiere. Vielmehr müssten im Gebäudebestand regenerative Wärme- und Kältesysteme eingebettet werden. Die Wärmenetzeinbringung müsse seiner Auffassung nach proaktiver geschehen, um vor allem die elektrische Wärmepumpe in das Zentrum der Gebäudeklimatisierung zu rücken und das Erdgas zu verdrängen. In der Stadt werde ebenso eine kritische Diskussion über die Erdgasagenda und den "Fuel-Switch" bezüglich Erdgas benötigt. Der Fuel-Switch führe in eine energiepolitische Sackgasse hinein. In diesem Zusammenhang sei eine harte Linie gegenüber den Handwerksinnungen nötig. Es könne nicht angehen, dass in der Stadt weiterhin fossile Anlagentechnik in den Gebäuden verbaut

werde. Diese Anlagen seien im Rahmen eines korrigierten Klimaneutralitätsziels nicht mehr abbildbar und amortisierten sich nicht. Den Mieterinnen und Mietern könnten die in Verbindung mit dem Erdgas stehenden Kostensteigerungen aufgrund der CO₂-Bepreisung nicht zugemutet werden, da dies sozial ungerecht sei. Die im Klimabericht abgebildete Klimaanpassungsstrategie sei aus Sicht seiner Fraktion weiterhin unterbeleuchtet, so StR Ozasek. Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen werde seine Fraktion hierzu Vorschläge unterbreiten.

Die mit der Klimaveränderung zusammenhängenden Multirisiken müssten präventiv angegangen werden. Im Sommer habe die Stadt ein Starkregen- und ein Sturmereignis mit immensen Schäden getroffen. Er bedaure, bislang noch keine Entwurfsfassung des Konzepts Klimax in der Fortschreibung vorliegen zu haben, die bereits vor Jahren angekündigt worden war. Aus Sicht seiner Fraktion sei dringend ein Hitzeaktionsplan notwendig, in dem insbesondere mit dem Aspekt urbaner Hitzellen präventiv umgegangen werde. StR Ozasek spricht sein ausdrückliches Lob darüber aus, dass die Stadt (vor allem das Hochbauamt) stärker in das Thema "zirkuläres Bauen" einsteige und sich dem Aspekt der nachhaltigen Stoffkreisläufe und der Recyclingbaustoffe widme. Hier sei ein großer Fortschritt spürbar, was sehr positiv zu bewerten sei. Dieser Ansatz müsse in Richtung einer kommunalen Ressourcenstrategie weiterentwickelt werden. Die bebaute Stadt müsse als Rohstoffspeicher aufgefasst werden, die im Kontext mit "Urban Mining" entsprechende Rohstoffe liefere, um die LHS neu entstehen zu lassen und sie konstruktiv weiterzubauen. Hinsichtlich der Fortschreibung des Klimaaktionsprogramms äußert der Stadtrat an Herrn Kohlmeyer die Bitte, sich mit den zahlreichen guten Vorschlägen des Masterplanprozesses "100 Prozent Klimaschutz" zu beschäftigen. Viele Vorschläge sei nicht in Maßnahmenblätter überführt worden und an vielen Punkten sei die Diskussion bedauerlicherweise abgerissen.

Er habe den Eindruck, so StR Zaiß (FW), das gesamte Thema des Klimaschutzes werde auf andere abgewälzt. Daher müsse geprüft werden, welche Maßnahmen jeder Einzelne hierzu durchführen könne. Beispielsweise könne im häuslichen Bereich weniger automatisiert werden (z. B. Verzicht auf Aufzüge und geringere Nutzung von Aufzügen, Verzicht auf elektrischen Sonnenschutz). Ebenso wolle die Bevölkerung weite Strecken in den Urlaub fliegen, und die Heizungen sollten in jedem Raum die gleichhohe Temperatur erzeugen. Durchleitungsrechte von PV-Anlagen seien nicht nutzbar, da diese nicht zu bekommen seien. Beispielsweise könnte eine Schule neben dem Katharinenhospital mit einer PV-Anlage ausgestattet werden und den Strom im Sommer an das Krankenhaus liefern. Allerdings lasse dies der Gesetzgeber nicht zu, da er selber mit der Durchleitung Geld verdienen wolle. So existierten vielerlei Dinge, welche zunächst zu lösen seien.

StR Köhler (AfD) entgegnet, das Thema leide eher darunter, dass es ein globales Problem darstelle. Beispielsweise seien allein 600 Mio. Euro für die Sanierung der städtischen Liegenschaften angedacht. Hierbei stelle sich die Frage, ob diese Gelder nicht an anderer Stelle besser angelegt seien, als in der LHS. StR Köhler nennt in diesem Zusammenhang exemplarisch Stuttgarts chinesische Partnerstadt Nanjing. Diese Stadt könne mit entsprechenden finanziellen Mitteln ihre Kraftwerke sanieren. Der gesamte Sachverhalt setze sich teilweise zu Recht der Kritik aus, dass ein globales Problem lokal behandelt werde und die Gelder daher nicht mehr effizient eingesetzt werden könnten. Aus akademischer Sicht handle es sich hierbei um den abnehmenden Grenznutzen. Aus Sicht des Stadtrats treffe die Atom- bzw. Kernkraft auf eine wachsende Zu-

stimmung in der Bevölkerung. Die langfristige Betrachtung dieses Themas sei noch unklar.

Herr Kohlmeyer geht im Folgenden auf einige Aspekte der Vorredner*innen ein: Er betont angesichts der angesprochenen hohen Investitionen in den Klimaschutz, aus mehreren Studien gehe hervor, dass diese Investitionen keine Kosten und Lasten darstellen, die am Ende aufgebraucht seien. Vielmehr rechneten sie sich bis zu dem Zeitraum, in dem in Europa oder in Deutschland Klimaneutralität erreicht werde. Zum Teil hänge dieses mit dem Export von Klimatechnologien zusammen. Weitere Studien hätten bezüglich der Automobilindustrie belegt, dass Investorengelder in diejenigen Bereiche fließen, in denen klimarelevante Technologien dauerhaft gefördert würden (z. B. Elektromobilität).

Im Hinblick auf die gemeinsame Aufgabe der Klimaschutzstabsstelle und des AfU bei der Gebäudetechnik oder der Klimakommunikationskampagne sei es wichtig, konkrete, nachvollziehbare Angebote zu unterbreiten. Diese müssten sich wirtschaftlich rechnen und in den Prozessen funktionieren. Falls ein Gebäude saniert werde, müsse hierbei möglichst Klimaneutralität erreicht werden. Dieser Weg sei nicht einfach, und für das Handwerk müsse sich dieses mehr rechnen, als die Summe der Einzelmaßnahmen.

Falls im Hinblick auf die Einbeziehung weiterer Sektoren (z. B. emissionsfreies Fahren, Elektrifizierung des ÖPNV usw.) bis zum Jahr 2030 viele Maßnahmen ergriffen werden sollten, könnten hierzu keine zusätzlichen Infrastrukturmaßnahmen geschaffen werden. Daher solle vielmehr geprüft werden, wie Veränderungen der bestehenden Infrastruktur gestützt werden können. Herr Kohlmeyer bestätigt einige Vorredner*innen, dass der Klimaschutz über die Gemarkungsgrenzen hinausgehe. Das Thema der Urbanisierung bestehe weltweit und in Deutschland. Stuttgart sei aufgrund der Kessellage von einem allzu starken Zuzug nicht zu stark betroffen. Dennoch müsse geprüft werden, wie mit der Infrastruktur und der Ansiedlung von Gewerbe und Industrie umgegangen werde und wie sich die LHS ihrer Verantwortung insgesamt stelle.

Ebenso sei die CO₂-Bepreisung extrem relevant, da die gesellschaftliche Akzeptanz über das gesamte parteipolitische Spektrum benötigt werde. Daher sei wichtig, welcher Preis mit welcher eingesparten Tonne CO₂ verbunden sei und wer von diesem Preis profitiere. Bezüglich der Klimaanpassung sei in diesem Zusammenhang jede Maßnahme in der LHS zu begrüßen. Hierbei müsse jeder Maßnahme ein Wert zugeordnet werden (z. B. Wert eines gesunden Baums in der Stadt, Wert von urbanem Gärtnern, Vertikal Farming sowie von Fassadenbegrünung usw.). Zur Frage, wie die industrielle und gewerbliche starke Struktur in Bezug auf den Export bestärkt werden kann, betont Herr Kohlmeyer, es muss hierbei geprüft werden, wie die Firmen technologisch beispielsweise mit dem Stuttgarter Klimainnovationsfonds unterstützt werden könnten. Beim Themenbereich "Bio-Essen, CO₂-Fußabdruck, pflanzliche Ernährung" seien gute Entwicklungen zu verzeichnen. Was das Ausleihen finanzieller Mittel aus dem Klimaschutzprogramm angehe, sei er grundsätzlich partnerschaftlich und großzügig eingestellt, falls die Gelder auch zurückgezahlt würden.

Bezüglich der von StRin Schanbacher angesprochenen Studie zur Beschleunigung des Klimaaktionsplans und der Zusammenarbeit mit den städtischen Beteiligungsgesellschaften finde bereits ein positiver Austausch über die Lenkungsstrukturen und die Fachbeiräte statt. Der angesprochene Klimamobilitätsplan stelle ein wichtiges Thema dar. Beim Aspekt der fossilen Anlagentechnik im Handwerk müsse bedacht werden, wie für die

Handwerkerschaft der Einbau klimafreundlicher Technologien wirtschaftlich attraktiv gestaltet werden könne.

Herr Dr. Görres ergänzt, die Verwaltung arbeite eng über das Energieberatungszentrum (EBZ) mit dem Handwerk zusammen. Hierbei sei von Vorteil, dass nahezu das gesamte Handwerk Mitglied im EBZ sei. Grundsätzlich sei es wichtig, die Bevölkerung bei den Klimaschutzmaßnahmen nicht zu überfordern. Die Vorstellung, ein Hauseigentümer*in wolle sein Gebäude in einem Zug klimaneutral gestalten, sei positiv. Allerdings werde möglicherweise in einem anderen Fall geplant, lediglich mit dem Austausch der Fenster zu beginnen und im weiteren Verlauf die Sanierung schrittweise zu durchzuführen. Beide Vorgehensweisen müssten daher berücksichtigt werden und hierbei stets die Breite der Bevölkerung im Fokus gehalten werden. Zudem müssten passende Angebote für die gesamte Bandbreite unterbreitet werden.

Hinsichtlich der von StR Kotz angesprochenen globalen Betrachtung des Klimaschutzes solle nicht an jedem Punkt in der LHS an der 50%igen CO₂-Reduktion festgehalten werden. Vielmehr werde ein gewisser Stromverbrauch auftreten, der klimaneutral entweder mit Ökostrom, biogenem Gas, Fernwärme oder regional mit einer Wärmepumpe gedeckt werden müsse. Dieser Aspekt stehe in keinem Widerspruch. Er stimmt StRin Schanbacher zu, bei der territorialen Bilanz fehle zum Teil das Thema Konsum. So sei ein kleines Lebensmittelgeschäft in der Bilanz enthalten, wogegen der Transport der Lebensmittel zu diesem Geschäft in der Bilanz nicht enthalten sei. Gemeinsam mit der Initiative "Scientists for Future" suche die Verwaltung eine Lösung, wie eine Abschätzung zu diesem Aspekt erfolgen könne. Die hierbei nötige vielfältige Stoffstrombilanzierung stelle kein einfaches Vorgehen dar. Herr Dr. Görres ist sich nicht sicher, ob eine jährliche umfassende Stoffstrombilanzierung gelingt, eine Abschätzung sei jedoch nötig. Er bestätigt StR Ozasek, dass einzelne Bereiche in den Arbeitsgruppen der Verwaltung insbesondere im Mobilitätsbereich hinterher blieben. Hierfür müsse mit dem Bereich S/OB eine Lösung gefunden werden.

Hinsichtlich des Klima-Berichts 2020 sei es wichtig, so StR Körner (SPD), die Ökologie und das Soziale gemeinsam zu berücksichtigen. Hierbei sei aufgefallen, dass das kommunale Energiesparprogramm das effektivste Programm darstelle und zudem einen sozialen Beitrag aufgrund der warmmietenneutralen Sanierung leiste. Daher habe es seine Fraktion begrüßt, hierfür 75 Mio. Euro statt der ursprünglich vorgesehenen 10 Mio. Euro mobilisiert zu haben. Zur ökologischen Wirksamkeit und zum Vergleich mit anderen Maßnahmen wolle er auf diesen Punkt hinweisen: Falls hinsichtlich der jährlichen Verringerung des Ausstoßes von 100.000 Tonnen CO₂ einmalig 10 Mio. Euro in das kommunale Energiesparprogramm investiert würden, werde jedes Jahr ein CO₂-Reduktionseffekt erzielt. Bis zum Jahr 2050 sei bei der Investition von 10 Mio. Euro auf der Basis der von Dr. Görres dargestellten Werte eine Verringerung von 170.000 Tonnen CO₂ erzielbar. Falls die gleiche Investition von 10 Mio. Euro in das Bio-Essen flöse, würden hierdurch eine Reduktion von 3.000 Tonnen CO₂ erzielt. Somit bringe die Investition in das Energiesparprogramm einen nachhaltigen Effekt mit sich, während die Investition in das Bio-Essen lediglich einen einmaligen Effekt bewirke. Hinsichtlich dieser ökologischen Wirkung sei festzuhalten, dass finanzielle Mittel nicht unendlich zur Verfügung ständen, sondern dass hier stets eine Begrenzung bestehe. Ihm gehe es nicht gegen das Bio-Essen, sondern er teile die Auffassung von StR Gottfried hinsichtlich der regionalen Lebensmittel und des Themas fleischhaltiger Ernährung. Allerdings müsse angesichts einer Investition von 10 Mio. Euro klar sein, bei welchen Maßnahmen für den Klimaschutz mehr oder weniger Effekte bewirkt würden.

Bei der Umsetzung des kommunalen Energiesparprogramms habe im Jahr 2020 ein gewisser Mittelabfluss stattgefunden, obwohl die neuen Förderrichtlinien erst im Sommer bzw. Herbst fertiggestellt worden seien. Trotz dieses Zuwachses sei das Ziel des kommunalen Energiesparprogramms noch lange nicht erreicht.

StR Körner erkundigt sich, wie weit entsprechende Gespräche mit den Wohnungsbau-genossenschaften in der LHS gediehen seien. In diesem Bereich sei ein enormer Energieeinsparungseffekt möglich, und zudem sei das Thema für die Unternehmen hochinteressant, da sie Fördermittel erhielten und somit ihre Mitglieder, die Mieterinnen und Mieter, entlasten könnten. Aus Sicht seiner Fraktion müsse dieses Thema im Rahmen der Neuauflage des Bündnisses für Wohnen im Vordergrund der Agenda enthalten sein.

Herr Dr. Görres betont, hierzu bestehe eine klare Beschlusslage vom 28.05.2020: Falls Gebäude saniert würden, seien diese klimaneutral zu gestalten, und bei Neubauten gelte das "PlusEnergieniveau". Jeder Mitarbeiter in jedem Amt müsse dieses umsetzen und nicht infrage stellen. Die Gespräche mit der Wohnbaugesellschaft seien in der Aktionsgruppe "Gebäude und Wohnen" durchgeführt worden. Dort habe die Verwaltung informiert, und der SWSG sei das Angebot der Stadt an Unterstützung unterbreitet worden. Es spreche jedoch nichts dagegen, nochmals eine verstärkte Werbung oder einen weiteren Impuls zu setzen.

BM Pätzold ergänzt hierzu, das Thema Sanierungsprogramm spiele derzeit beim Bündnis für Wohnen keine Rolle, da dieser Aspekt bereits von der Verwaltung auf den Weg gebracht worden sei. Allen Wohnungsbau-gesellschaften - auch denjenigen, die nicht Mitglied im Bündnis für Wohnen seien - seien entsprechende Informationen zur Verfügung gestellt worden. Es stelle sich vielmehr die Frage, ob zusätzliche finanzielle Mittel im Bündnis für Wohnen eingestellt werden sollten.

Es bestehe ein Konsens, so StR Körner, dass der Aktionsplan Klimaschutz besser umgesetzt werden könnte, falls das EBZ mehr Kapazitäten hätte. Bislang vermisse er eine Information für die anstehenden Haushaltsberatungen, wie das EBZ stärker unterstützt werden könne. Hierfür müsse bekannt sein, über welche finanziellen Summen gesprochen werde, damit das kommunale Energiesparprogramm besser umgesetzt werden könne. Herr Dr. Görres führt aus, das EBZ finanziere sich zum Teil über Mitgliedsbeiträge sowie über einen institutionellen Zuschuss, welchen die Stadt beisteuere. Ebenso finanziere sich das EBZ über seine durchgeführten Beratungen, welche auch von der LHS getragen würden. Für das EBZ sei von Nutzen, in den nächsten zwei Jahren eine höhere institutionelle Förderung gewährt zu bekommen. Die Verwaltung habe in ihrer Haushaltsvorlage eine jährliche Summe von 125.000 Euro vorgeschlagen, welche durchaus verdoppelt werden könne. Hierdurch könne das EBZ wesentlich rascher in Vorleistung gehen, da zunächst Mitarbeiter*innen eingestellt werden müssten, die diese Beratung leisten. Erst im Nachgang gehe das Geld für die Beratung ein. Eine entsprechende Vorlage der Verwaltung befinde sich in der Abstimmung.

StR Kotz betont, das Thema EBZ solle in den anstehenden Haushaltsberatungen intensiv behandelt werden. Es stelle sich die Frage, ob sich in dem rund 20-jährigen Bestehen des EBZ Veränderungen in der Beratung aufgrund veränderter Baustrukturen ergeben hätten. Es solle grundsätzlich diskutiert werden, wie das EBZ das Thema "Energieeinsparung in der LHS" präsentieren solle. BM Pätzold bekräftigt, es sei wichtig, sich

in diesem Bereich fortzuentwickeln, da das EBZ über zu geringe Möglichkeiten verfüge. Es mache keinen Sinn, auf die Initiative "Altbau" zu verzichten, um mehr Flächen aufgrund von Eigenbedarf zu erhalten.

StR Körner betont, bei dem kommunalen Energiesparprogramm werde der Privatgebäudebereich stets eine größere Rolle spielen, als der Bereich der städtischen Liegenschaften, welche lediglich einen Anteil von 4 % an der Gesamtanzahl der Gebäude in der Stadt ausmachten. Es müsse konstatiert werden, dass seit dem Jahr 2012 bei den städtischen Liegenschaften eine Seitwärtsbewegung bei der CO₂-Bilanz vorliege. Die Umstellung auf Ökostrom habe zwar positive Effekte bewirkt, allerdings würden diese lediglich eingekauft. Der nächste Effekt werde im Jahr 2022 durch die Umstellung auf Biogas erreicht. Die Stadt habe bezüglich eigener Anstrengungen in diesem Bereich nichts vorzuweisen. Dies sei darin begründet, dass die attraktiven Contractingmittel in der Umsetzung seit Jahren kaum zum Zuge kämen und nicht umgesetzt würden.

Mit dem Antrag Nr. 136/2021, so StR Körner, habe seine Fraktion bereits am 31.03.2021 hierzu mehrere einfache Fragen gestellt, um mit diesen Informationen in die Haushaltsberatungen eintreten zu können. Die Geschäftsordnung sehe für die Beantwortung sechs Wochen vor. In grauer Theorie sei dargestellt worden, dass jährlich 60 Mio. Euro benötigt würden, damit bis zum Jahr 2030 Klimaneutralität erreicht werde. Derzeit würden lediglich maximal etwa 10 Mio. Euro im Jahr abgerufen. StR Körner äußert die Bitte, den Antrag noch vor den Haushaltsberatungen zu beantworten. Falls noch Restsummen im Klimaaktionsprogramm zur Verfügung ständen, würden keine neuen Ausgabeermächtigungen benötigt, sondern es müssten beispielsweise das Personal oder die Organisationsstrukturen geprüft werden. Er habe die Ausführungen von Herrn Dr. Görres in der Art aufgefasst, es gehe nicht um die Zurverfügungstellung zusätzlicher Ausgabeermächtigungen, sondern darum, das Bewusstsein in der gesamten Breite der Verwaltung für die bereits beschlossenen Grundsätze zu wecken.

BM Pätzold betont, der Antrag befinde sich in Bearbeitung zweier Ämter unterschiedlicher Referate. Die Verwaltung werde sich um die Beantwortung des SPD-Antrags bemühen.

StR Körner betont, im Masterplan Klimaschutz sei vor vier Jahren diskutiert worden, der größte Hebel beim grundlegenden Umbau der Energieversorgung bestehe in einer konsequenten und vollständigen Substitution fossiler Energieträger durch erneuerbare Energien (Strom, Gas und Treibstoffe) sowie dem Aufbau von klimaneutralen Netzen. Hierfür stellten die SWS ein zentrales Instrument dar. Der Stadtrat konstatiert, dass seit fünf Jahren nahezu keine Gelder in die EE der SWS investiert wurden. Dagegen seien bis vor fünf Jahren große Summen in Windparks investiert worden. Der technische Geschäftsführer der SWS, Herr Drausnigg, werde im Oktober das erste Mal im SWS-Aufsichtsrat über die neue strategische Aufstellung der Stadtwerke sprechen, welche dringend benötigt werde. Seine Fraktion schlage hierfür eine Finanzierung über 1 Mrd. Euro vor, so StR Körner. Hierbei sollten rund 200 bis 300 Mio. Euro Eigenkapital aus der SVV verwendet und die Restsumme über Kreditaufnahme finanziert werden. Somit könne in den nächsten zehn Jahren 1 Mrd. Euro investiert werden. Herr Drausnigg könne vorschlagen, für welche Projekte diese Summe verwendet werden solle. StR Körner spricht sich zwar dafür aus, dass mehr Gelder im Stadtgebiet Stuttgart investiert werden, ist jedoch der Auffassung, diese Investitionen nicht lediglich auf der Gemarkung der LHS einzusetzen. Enorme finanzielle Mittel müssten zukünftig in den Ausbau erneuerbarer Erzeugungskapazitäten investiert werden. Für den dargelegten Finanze-

rungsvorschlag werbe seine Fraktion seit mindestens drei Jahren, habe allerdings keine Mehrheit finden können. Als Investitionsbeispiel nennt er den Superrechner im Stadtbezirk Vaihingen, dessen Abwärme den gesamten NeckarPark versorgen könne, jedoch derzeit nicht genutzt werde. Mit Blick auf das Land müsse sich auf ein gemeinsames Vorgehen mit der EnBW geeinigt werden, da dies sehr wichtig für den Klimaschutz sei. Es könne nicht angehen, das im AfU zehnmals so viele Mitarbeiter*innen mit diesen Themen beschäftigt seien als bei den SWS.

StR Winter betont, alle Maßnahmen für den Klimaschutz in der LHS wirkten ebenso global. Gerade Stuttgart und die Bundesrepublik als Exportnation, die viele Jahrzehnte auf Kosten anderer Nationen ihr eigenes Wachstum forciert hätten, müssten eine Vorbildfunktion für andere Städte und Staaten darstellen. Zudem würden vorbildhafte Maßnahmen beim Klimaschutz der LHS zugutekommen. Hinsichtlich des Bio-Essens sei anzumerken, dass der Ernährungssektor ebenso umfangreich wie andere Sektoren, wie etwa der Energie- und Verkehrsbereich, sei. Der Oberbürgermeister habe sich zu Recht für regionale Lebensmittel ausgesprochen. Die Bürgerschaft könne ebenso bei der Ernährung hierzu einen Beitrag leisten. Es stelle sich zudem die Frage, wie öffentliche Kantinen mit einem vegetarischen oder veganen Lebensmittelangebot umgingen, da dies relevante Auswirkungen auf den Klimaschutz habe. Angesichts der CO₂-Bepreisung müssten mit deren Einnahmen Möglichkeiten gefunden werden, die Bürgerschaft zu entlasten. Bei dieser Frage und der des Kohleausstiegs sei die LHS nicht alleine, sondern auf den Bund angewiesen. Er appelliert nicht zuletzt an die CDU-Fraktion, dass die Stadt beim Klimaschutz eine Vorbildfunktion einnehmen solle.

StR Kotz betont, er habe bei den Ausführungen von StR Winter den Eindruck gewonnen, der Bund und die Stadt seien den anderen Staaten etwas schuldig, da man vom Export lebe und profitiere. Er widerspricht der Auffassung, es müsse daher in der LHS gehandelt werden und nicht in den anderen Staaten. Vielmehr betont StR Kotz, die anderen Länder würden wirtschaftlich profitieren, falls ein Teil der städtischen Gelder beispielsweise in Länder mit Kohlekraftwerken statt in moderne Gaskraftwerke investiert würde. Dieses Vorgehen stelle eine Verantwortung in dem Sinne dar, hierzulande habe man lange Zeit von diesen Staaten profitiert und gebe nun etwas zurück.

Es bestehe die Schwierigkeit, so StR Rockenbach (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), dass die jetzige Diskussion in Zusammenhang mit dem nächsten TOP 3 (NNr. 44) stehe und daher einige Argumente vermischt würden. Angesichts einer Art Bestandsaufnahme im Bereich des städtischen Klimaschutzes 2019 werde deutlich, es habe sich zwar einiges im Bereich der Verwaltung verändert, jedoch müsse ebenso in Bezug auf die Klimaziele gehandelt werden. Sicherlich stellten effiziente Technologien einen Exportschlager dar, allerdings bestehe hier ein Rebound-Effekt, da dafür schwerere Fahrzeuge oder größere Handys produziert würden.

Hinsichtlich des globalen CO₂-Budgets herrsche trotz allen technischen Fortschritts eine Stagnation vor. Daher müsse über den Aspekt der "Suffizienz" statt über Effizienz diskutiert werden. Es stelle sich die Frage, wie eine lebenswerte gute Existenz ohne materiellen und energetischen Ballast gestaltet werden könne. Deutschland müsse hinsichtlich des Klimaschutzes rascher handeln, als andere Staaten. Das liege daran, dass das CO₂-Budget hierzulande geringer ausfalle, als in anderen Staaten, da in der Vergangenheit größere Klimabelastungen erzeugt worden seien. Der International Panel on Climate Change (IPCC) habe ausgesagt, es müsse bereits im Jahr 2032 Klimaneutralität erreicht werden. Er begrüße zu einem späteren Zeitpunkt eine ausführliche Generalde-

batte zum Thema Klimaschutz. Bedauerlicherweise werde derzeit über den Aspekt "Wo ist jeder Euro besser investiert?" diskutiert, was eine alte monetäre Auffassung darstelle. Das CO₂-Budget sei endlich und könne nicht wie Geld nachgedruckt werden. Geld dürfe keine Rolle bei der Rettung der Erde spielen.

StR Rockenbauch kritisiert eine Verteilung des 200 Mio. Euro Budgets ausschließlich nach Effizienzkriterien. Er stimmt StR Körner hinsichtlich seiner Forderung nach der Bereitstellung von 1 Mrd. Euro für erneuerbare Energien zu. Ebenso seien 60 Mio. Euro für die Gebäudesanierung notwendig. In jeder Krise wie derzeit in der Corona-Pandemie habe sich gezeigt, dass selbst Instrumente wie die Schuldenbremse keine Rolle mehr spielten. Auf Veranlassung der Europäischen Zentralbank (EZB) würden große Geldmittel nachgedruckt und auf den Markt gebracht. Dieselbe Entschiedenheit wie bei der Coronakrise müsse bei der Klimakrise gezeigt werden.

Jede Investition in die Ernährung stelle ein wichtiges Ziel hinsichtlich einer dauerhaften und langfristigen positiven Veränderung der Lebensgewohnheiten dar. Investitionen in diesen Sektor seien nicht als einmalige Investition anzusehen, sondern zeigten ebenso wie bei der Gebäudesanierung eine langfristige strukturelle Wirkung.

Die SWS spielten für die LHS eine wichtige Rolle, und es müsse hierzu die Umsetzung von Maßnahmen diskutiert werden. Die geplante externe Studie im Auftrag der Stabsstelle Klimaschutz müsse über die reine Verteilung des 200 Mio. Euro Budgets auf einzelne Maßnahmen weit hinausgehen. Vielmehr müssten die Organisationseinheiten anderer Städte betrachtet werden, die effektivere Klimaschutzmaßnahmen erreicht hätten.

Seine Fraktion habe sich permanent für ein eigenes Klimareferat in der LHS eingesetzt, bei dem eine Organisationseinheit von der Führungsebene der Verwaltung bis zu deren unteren Ebenen gebildet werden sollte. Hierzu inspiriere den Stadtrat das geplante Amt für Digitalisierung. Schließlich bringe die Digitalisierung einen enormen Energieaufwand, und die Effizienz hierbei müsse detailliert geprüft werden. Dennoch werde ein eigenes Amt mit 300 Mitarbeiter*innen gebildet, da die Aufgaben der Digitalisierung in der bestehenden Verwaltung mit gewachsenen Strukturen nicht nebenbei bewältigt werden könnten. Ebenso könne das Klimaproblem nicht auf die gesamte Verwaltung und deren Eigenbetriebe verteilt gelöst werden.

StR Rockenbauch betont, seine Fraktion begrüße ein rascheres Vorgehen beim Thema Gebäudesanierung, wozu eine Stärkung des EBZ benötigt werde. Diese Aufgabe müsse mit der Fragestellung der Klimaanpassung verbunden und losgelöst von der reinen Energiebetrachtung behandelt werden. Die gesamte Stadt müsse hinsichtlich der Klimaanpassung komplett umgebaut werden. Dabei müsse bei jeglicher Gebäudesanierung ein Beitrag zur Klimaanpassung stattfinden (z. B. Begrünung der Fassaden und Dächer). Dieser Aspekt müsse ganzheitlich betrachtet werden und nicht einzeln von der Handwerkerschaft, den Landschaftsarchitekten und den Energieberatern behandelt werden.

StR Kotz betont, in der heutigen Sitzung des AKU finde eine Generaldebatte über den Klimaschutz statt. Haushaltsberatungen mit dem Ansatz "Geld ist nicht endlich", wie von StR Rockenbauch ausgesagt, brächten zwar einen gewissen Unterhaltungswert hervor, führten jedoch zu keinem vernünftigen Ergebnis. Diejenigen Staaten, welche nicht im Sinne einer Marktwirtschaft agierten, fielen beim Thema Klimaschutz deutlich ab. Da-

gegen besäßen diejenigen Staaten, die über eine soziale Marktwirtschaft verfügten, genügend Gelder für Investitionen in positive Klimaschutzmaßnahmen. Auf seine Frage, wo die LHS im Vergleich mit anderen deutschen Städten stehe, betont Herr Dr. Görres, die Verwaltung werde dieses Ranking nachliefern. Insgesamt liege die LHS bei den CO₂-Emissionen unter dem bundesweiten Mittel.

Zweifel äußert StR Kotz an einer vermeintlichen Vorbildfunktion der LHS für die Welt. Beispielsweise sei das EBZ bereits im Jahr 1999 gegründet worden, und dieses habe bislang für andere Staaten keine Vorbildfunktion ausgestrahlt. Er stimmt den Ausführungen von StR Körner zu, die in Bezug auf ihre Wirtschaftlichkeit effektivsten Klimaschutzmaßnahmen weltweit durchzuführen. Hierbei dürfe nicht nach dem "Entweder-oder-Prinzip", sondern nach dem "Und-Motto" gehandelt werden. Insgesamt habe er den Eindruck, in der Argumentationskette sollten unter der Überschrift "Klimaschutz" Dinge verändert werden, welche immer schon hätten verändert werden sollen (z. B. Mobilität, Ernährung usw.). Falls lediglich das CO₂-Budget betrachtet werde, müsste weltweit an anderen klimaschutzrelevanten Stellschrauben gedreht werden, als lediglich auf der Stuttgarter Gemarkung.

Es sei richtig, hinsichtlich des sogenannten Klumpenrisikos im Windbereich die Erzeugung regenerativer Energien durch die SWS weiterzuverfolgen. Der Stadtrat zeigt sich bezüglich des Aspekts enttäuscht, welche additive Energien im NeckarPark genutzt werden sollten. Sehr positiv sei dort das Thema der Abwassernutzung als Hauptenergiequelle zu bewerten. Allerdings werde zudem ein Brennstoff benötigt, da der Energiebedarf aus der Abwassernutzung nicht gedeckt werden könne. Es könne nicht angehen, hierbei die Nutzung von Erdgas in Betracht zu ziehen. Im Jahr 2027 müssten in diesem Fall in einem "Häuserkampf" im NeckarPark Unterschriften gesammelt werden, um auf Biogas umzustellen. Unter Effizienz Gesichtspunkten sei dieses Vorgehen unbedingt zu vermeiden.

China stelle den größten Motor für die EE weltweit dar, widerspricht StR Ozasek StR Kotz. Der chinesische Staatschef habe dieser Tage verkündet, China baue keine Kohlekraftwerke mehr im Ausland und stelle hierfür keine Investitionen mehr zur Verfügung. Ebenso sei absehbar, dass China im eigenen Land die Kohleenergie massiv zurückfahren werde. Diese Anstrengungen seien vorbildlich für die anderen Industrienationen. Der Stadtrat stimmt den Äußerungen von StR Körner zu, die Klimaschutzmaßnahmen nicht lediglich auf die Gemarkung der LHS zu beziehen. Als die neue Strategie der SWS aufgesetzt wurde und hierbei das Geschäftsfeld "Windenergie" komplett eingefroren worden sei, sei hierzu jedoch Zustimmung von der SPD geäußert worden. In diesem Bereich werde allerdings eine neue Dynamik erzeugt, da die Landesregierung 2 % der Landesfläche für EE bereitstelle und insbesondere die Blockade bei den Landesforsten lockere. Dadurch ergäben sich neue Chancen, die ebenso durch den neuen Windatlas in veränderter Form in der Region Stuttgart abgebildet seien. Sicherlich würden die Regionalpläne einer Fortschreibung unterzogen, sodass sich die Vorranggebietskulisse deutlich verändert darstellen und in diesen Bereichen eine Investitionsmöglichkeit bestehen werde. Dies betreffe insbesondere die SWS, deren Geschäftsfeld mit regionalen Investitionen in Windenergie- und PV-Anlagen wiederbelebt werden müsse.

Das Bestehen des EE-Gesetzes auf Bundesebene, welches eine große Blockade bei der Finanzierung von Windenergie- oder PV-Anlagen vor allem in Baden-Württemberg verursache, stehe in Zusammenhang mit der Beteiligung der SPD in der Bundesregierung. Die Potenziale der Windenergie könnten zwar identifiziert werden, eine Investition

in diese sei jedoch nahezu unmöglich. StR Ozasek äußert den Wunsch nach einer intensiven Prüfung durch die Verwaltung, ob in einer engen Zusammenarbeit zwischen dem Tiefbauamt und den SWS erreicht werden könne, dass proaktiv regenerative Wärmenetze besonders bei ohnehin anstehenden umfangreichen Tiefbauarbeiten im Boden verlegt werden könnten. Dies könne beispielsweise im Zuge von Stadterneuerungsprogrammen geschehen. Diesen Wunsch richtet er als Prüfantrag an die Verwaltung. Herr Dr. Görres betont, aus Sicht der Verwaltung sei dagegen nichts einzuwenden. Es sei nicht kostspielig, im Rahmen eines Straßenneubaus einige Leerrohre zu verlegen, um später in diese den Vor- und Rücklauf für das Netz zu installieren.

Hinsichtlich des Themas der Ernährung und des Anteils an biologischen Produkten besteht nach Auffassung von StR Ozasek ein einfacher Weg, in diesem Bereich eine neue Dynamik zu erzeugen: Die Stadt Stuttgart verpachte sehr viele landwirtschaftliche Grundstücke wie beispielsweise Obst- und Weinbauflächen. Falls dort sukzessive auf ökologischen Landbau umgestellt werde - hierzu verändere sich ebenso die Gesamtförderkulisse - und falls gegenüber den Pächterinnen und Pächtern entsprechende Garantien zur Abnahme ihrer Produkte abgegeben würden, könnten auf Stuttgarter Gemarkung biologische Lebensmittel erzeugt werden. Diese könnten letztendlich in den Kantinen, Mensen und im Schulessen verarbeitet werden. Dieses Vorgehen würde einen wesentlichen Beitrag nicht lediglich zur Regionalisierung der landwirtschaftlichen Produktion und der Ökologisierung des Landbaus leisten, sondern ebenso für die Biodiversität in der Stadt, was ein strategisches Ziel darstelle. Dieser Aspekt sei zum Teil an der Sperrigkeit der SPD gescheitert, und es wäre von Vorteil, links der Mitte in eine Koalition einzutreten, um den ökologischen Landbau im Stadtgebiet aktiv zu fördern.

StR Winter widerspricht den Äußerungen von StR Kotz und betont, es gehe nicht um ein Abwägen, das eine zu tun und das andere zu lassen. Der Klimaschutz stelle ein globales Problem dar und müsse daher global angegangen werden. Deutschland als das Klima-Vorzeigeland der letzten 20 Jahre in allen Entscheidungen herauszustellen und daraus abzuleiten, es sei daher kein weiteres Handeln nötig, stelle den völlig falschen Weg dar. Während das Bewusstsein für den Klimaschutz hierzulande zwar größer sei als in anderen Ländern, scheitere jedoch die Umsetzung oft an geringen Schwierigkeiten.

Die Scheindebatten, das "Fingerzeigspiel", müssten nun endlich beendet werden, so StRin Schanbacher. Dieses seien die Gründe, warum die Stadt beim Klimaschutz nicht vorankomme. In den vorliegenden zahlreichen konstruktiven Anträgen seien Fragen, Zahlen und Fakten beinhaltet, die die Fraktionen angesichts der Haushaltsberatungen von der Verwaltung beantwortet haben wollten.

StR Boy (90/GRÜNE) kritisiert StR Kotz, er verleumde den ökologischen Fußabdruck der LHS, obwohl die CO₂-Belastung bei 8 bis 9 Tonnen pro Einwohner*in liege. Es gehe um eine Vorbildfunktion der Stadt, die im Strombereich bereits bestanden habe, da die Wind- und Solarenergie massiv über des EE-Gesetz ausgebaut worden sei. Im Ausland investierten vor allem deutsche Firmen in Windräder und PV-Anlagen. Investitionen in EE seien zwar zu begrüßen, jedoch müsse die Frage gestellt werden, an welcher Stelle eine zusätzliche CO₂-Reduktion entstünde. Diese zeige sich nicht bei der Investition in Wind- und Solarparks, da diese ohnehin errichtet würden und keinerlei Finanzierungsprobleme besäßen. Die große Koalition auf Bundesebene habe einen Deckel von 2,5 Gigawatt bei den EE eingezogen, was ein großes Problem darstelle.

BM Pätzold betont, die heutige Sitzung des AKU zeige eine politische Diskussion zum Klimaschutz mit dem Austausch der unterschiedlichen Argumente auf. Trotz der ausgetauschten unterschiedlichen parteipolitischen Positionen zum Klimaschutz, so Herr Kohlmeier, verfolgten alle Parteien hierzu das gleiche Ziel der Klimaneutralität der LHS. Es werde lediglich über den Weg und die Geschwindigkeit bis zur klimaneutralen Stadt diskutiert. Konkret gehe es um Maßnahmensets, die die Stabsstelle Klimaschutz unmittelbar im Rahmen des Klimaschutzaktionsprogramm umsetzen müsse. Ebenso betreffe dies das gleiche Thema, wenn die mittel- und langfristigen Perspektiven in Richtung Klimaneutralität erreicht werden sollen. Bei Maßnahmensets sei es außerordentlich wichtig, Informationen über die Wirkung dieser Maßnahmen hinsichtlich Auseinandersetzungen und Widerständen zu besitzen. Ebenso müsse bekannt sein, welche Kosten hiermit verbunden seien und wie eine sozial gerechte Umsetzung im Vergleich zu anderen Investitionen und Opportunitätskosten erfolgen könne. Zudem müsse eine CO₂-Bepreisung stattfinden und eine Skalierungsfähigkeit sowohl in der Stadt als auch im internationalen Kontext geprüft werden. Die Einordnung könne nun bürgerlich-konservativ oder bürgerlich-ökologisch-sozial erfolgen. Schlussendlich sei klar, dass in derartigen Sofortprogrammen wie dem Klimaaktionsprogramm gemeinsam getragene Maßnahmen benötigt würden.

Hinsichtlich des Themas Ernährung sei festzustellen, dass Stuttgart keine landwirtschaftlich geprägte Stadt darstelle. Allerdings könnten bei der Ernährung sehr große und einfache Potenziale erschlossen werden. Beispielsweise stammten zwei Tonnen CO₂ pro Person in Deutschland aus der Ernährung, was in etwa dem Bereich Wohnen entspreche. Damit stelle die Ernährung beim Klimaschutz einen bedeutenden Baustein dar. Falls die Bevölkerung diese 2 Tonnen ernährungsbedingte CO₂-Emissionen pro Person reduzieren wolle, könnten diese zu 70 % vermindert werden, obwohl weiterhin beispielsweise Geflügel- oder Schweinefleisch verzehrt werden. Auf freiwilliger Ebene könnte die Bevölkerung vegetarische Gerichte nachfragen, ohne dass dieses angeordnet werde. Ebenso solle statt des reinen Konsums von Lebensmitteln deren Genuss im Vordergrund stehen.

Da keine weiteren Wortmeldungen geäußert werden, stellt BM Pätzold Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
SWS
SWSG
 3. Referat T
Hochbauamt (2)
Tiefbauamt (2)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktionsgemeinschaft PULS
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion